



STANDPUNKT

focus 1/21
Februar

Boden: Nutzung und Qualität im Spannungsfeld!



Dr. Reto Nebel

Mitglied der Geschäftsbe-
reichsleitung Raum- und
Standortentwicklung, EBP
Schweiz AG, und Dozent an
der ETH Zürich

Steigender Aufwand für die Trinkwassergewinnung, häufigere Hochwasserereignisse aufgrund von Starkniederschlägen und vermehrte Bildung von Hitzeinseln sind nur drei von vielen Herausforderungen für die Städte, welche auf die Beschädigung der Bodenfunktionen zurückzuführen sind. Dennoch werden durch Bautätigkeit, Erosion, Verdichtung und Schadstoffbelastung die Böden weiterhin irreversibel beschädigt.

Um dem entgegenzutreten und die Funktionen des Bodens langfristig zu erhalten, verfolgt der Bundesrat mit seiner Bodenstrategie sechs ambitionierte, übergeordnete Ziele. Unter anderem soll bis 2050 netto kein Boden mehr verbraucht und die Bodenfunktionen sollen in der Planung und in der Interessenabwägung besser berücksichtigt werden.

Dass der Boden eine lebenswichtige und vor allem endliche Ressource ist, ist keine neue Erkenntnis. Aber das Bewusstsein für den in der Verfassung geforderten haushälterischen Umgang mit dem Boden und – ansatzweise – auch für die zentralen Funktionen des Bodens hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies zeigen verschiedene politische Vorstösse wie das 2013 vom Schweizer Stimmvolk deutlich angenommene

teilrevidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz. Dieses verlangt eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen und die Lenkung des Wachstums in die urbanen und gut erschlossenen Gebiete. Die Städte stehen vor einer herausfordernden Aufgabe: Es gilt, durch Transformation des Bestands sozialverträglich zusätzliche Kapazitäten für Bevölkerung und Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die Siedlungsqualität zu erhöhen.

Dazu kommen immer mehr, teilweise konfligierende Ansprüche an die Nutzung des knappen Guts Boden. Von Flächen für die Wirtschaft und Gesellschaft sowie die sich verändernde Mobilität über ökologisch wertvolle Flächen bis hin zu Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel soll auf begrenztem Raum alles für alle ermöglicht werden. Die Erwartungshaltungen sind gross und nehmen nicht ab, im Gegenteil.

Damit Städte auch in Zukunft attraktiv und lebenswert sind, sind diese gut beraten, sich aktiv den Herausforderungen mit dem Boden zu stellen. Denn wie wir den Boden nutzen, hat Auswirkungen auf die Bodeneigenschaften und beeinflusst damit wiederum die Funktionen, die der Boden erfüllen kann. Auf diese vielfältigen und für den Menschen lebenswichtigen Funktionen, etwa für die Biodiversität, den Wasserhaushalt und das lokale Klima, sind die Städte angewiesen – künftig mehr denn je.

R. Nebel

Liebe Leserin, lieber Leser

Unser Boden ist eine lebenswichtige und endliche Ressource. Steigender Aufwand für die Trinkwassergewinnung und häufigere Hochwasserereignisse sind zwei von vielen Herausforderungen für die Städte, welche auf die Beschädigung der Bodenfunktionen zurückzuführen sind. Gleichzeitig besteht der Anspruch, auf einer begrenzten Fläche Wachstum zu ermöglichen und soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele unter einen Hut zu bringen. Dabei kann es zu Interessenkonflikten kommen, wie dies im Interview mit dem Stadtpräsidenten von Frauenfeld zum Ausdruck kommt.

Wie es dem Boden geht, kann mit dem Instrument «Bodenindexpunkte (BIP)» eruiert werden. Dieses ermöglicht, die Qualität der Böden anhand von deren Funktionen zu quantifizieren und in der Raumplanung besser zu berücksichtigen. Die ersten Erkenntnisse eines Pilotprojekts in der Region Morges zeigen das Potenzial dieses Ansatzes auf.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die nachhaltige Nutzung des Bodens ist uns ein Anliegen»


Anders Stokholm
Stadtpräsident von Frauenfeld

Anders Stokholm-Kirchrath, FDP, ist seit 2015 Stadtpräsident von Frauenfeld und steht dem Departement für Finanzen und Zentrales vor. Er ist Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau. Beruflich war zuvor er als Direktor des Sozialversicherungszentrums Thurgau, Gemeindeammann von Eschenz (Nebenamt), Geschäftsführer der Stiftung Zukunft Thurgau, Redaktor bei der Reformierten Presse sowie Pfarrer in der Kirchgemeinde Burg, Stein am Rhein tätig.

Inwiefern ist des Thema Boden für Ihre Stadt relevant?

Auch in Frauenfeld ist der Boden ein rares Gut, worauf viele und unterschiedliche Bedürfnisse abgedeckt werden müssen: Leben, Wohnen, Arbeiten und Mobilität. Mit all diesen Aspekten setzen wir uns in der Stadtverwaltung zusammen mit der Bevölkerung auseinander. Die Knappheit und die unterschiedlichen Bedürfnisse führen zu Konflikten, zu deren Lösung wir jeweils beitragen müssen.

Hat die Bodenstrategie Schweiz eine Bedeutung für Ihre Aktivitäten?

Sämtliche Ziele der Bodenstrategie Schweiz fliessen in unsere Arbeit ein. Denn die nachhaltige Nutzung des Bodens ist Frauenfeld ein Anliegen. Allerdings gibt es dabei auch Zielkonflikte. Wenn das Raumplanungsgesetz und dessen Umsetzung etwa verlangt, dass ein Grossteil des Bevölkerungswachstums in städtischen Gebieten stattzufinden hat und die Siedlungsfläche dabei nicht ausgedehnt werden soll – was wir unterstützen –, dann geht dies nur über eine Verdichtung inklusive der Nutzung des Untergrundes. Alles überall zur gleichen Zeit für alle zu erreichen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Betreiben Sie eine aktive Bodenpolitik? Welches sind Ihre Schwerpunkte?

In Frauenfeld haben wir anfangs 2021 im Stadtrat eine Liegenschaftenstrategie verab-

schiedet, die nun im Gemeinderat als Stadtparlament zur Diskussion steht. Darin wird eine aktive Bodenpolitik, wie wir sie bereits in der Vergangenheit betrieben haben, festgeschrieben. Damit wollen wir soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele der Stadt unterstützen. So soll die Stadt zur Förderung von günstigem Wohnraum und einer guten sozialen Durchmischung selber Wohnbauten erstellen. Damit ansässiges wie neues Gewerbe bei uns Raum findet, will die Stadt Liegenschaften erwerben und zur Verfügung stellen, wobei jeweils ein Baurecht zu prüfen ist. Auch für Grün- und Freiraum sind notwendige Flächen auszuscheiden. Weil die Stadt jedoch auf Grund von Liegenschaftenschätzungen auf dem Markt agiert, sind neue Landerwerbe schwer erzielbar.

Wir kennen von Ihrer Stadt das «Landkreditkonto»: Weshalb wurde dieses Instrument eingeführt und wie hat es sich bewährt?

Der Erwerb von Liegenschaften (Boden und/oder Bauten) muss rasch vonstatten gehen können, sonst gehen interessante Angebote einfach an den oder die Schnellere/n. Die Zielsetzung ist in einem Reglement zur Bodenpolitik folgendermassen festgehalten: «Um eine planmässige städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und um Handänderungen zu unterstützen, die im öffentlichen Interesse liegen, gewährt die Gemeinde dem Stadtrat (...) einen Kredit für den

Erwerb von Grundstücken innerhalb der Gemeinde oder in Nachbargemeinden, damit sie für voraussichtlichen eigenen Bedarf sichergestellt oder zu tragbaren Bedingungen an Interessenten abgegeben werden können.»

Gibt es weitere Massnahmen oder Projekte, mit den Sie dem wertvollen Gut Boden Sorge tragen wollen?

Wir haben eine tolle Ausgangslage für zukunftsweisende Projekte. Allen voran möchte ich das Projekt murgbogen.ch nennen: An bester Lage, in unmittelbarer Bahnhofnähe werden in den nächsten Jahren grosse Flächen freigespielt, die bisher von der Armee, der Stadt oder Industriebetrieben belegt waren. Mit dem preisgekrönten «Murg-Auen-Park» ist der Grün- und Freiraum für dieses Gebiet bereits vorhanden und gestaltet. Auf den freigespielten Flächen kann der grösste Teil des vorgesehenen Wachstum punkto Wohnen und Arbeiten stattfinden. So wird ein neues, modernes und zukunftsweisendes Quartier entstehen, das durchaus auch Modellcharakter für andere haben kann.

Hinzu kommt, dass als Scharnier zwischen der bisherigen Altstadt und dem neuen Quartier die Stadtkaserne liegt, die bereits 2023 von der Armee der Stadt übergeben werden wird. Hier möchte die Stadt den sogenannten Markt Thurgau realisieren. Frauenfeld wird mit diesen beiden grossen Projekten die nächsten zwanzig Jahre sehr gefordert sein.

T H E M A

Ein Instrument zur Messung und zum Schutz der Bodenqualität

Die Stiftung *sanu durabilitas* startete 2018 eine landesweite Initiative, um Pilotprojekte zu unterstützen, mit denen die Böden besser in die Raumplanungsprozesse einbezogen werden können. Ein erstes Projekt, das konkrete Ergebnisse liefert, wurde in der Region Morges durchgeführt. Diese hat beschlossen, indikative und dynamische Bodenqualitätskarten zu entwickeln.



Wenn es darum geht, die Lebensqualität in den Städten und Siedlungsräumen aufrechtzuerhalten, wird der Bodenschutz in den Raumplanungsprozessen aktuell nicht sichergestellt – dies obwohl die Böden eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Rechtliche Grundlagen sind zwar vorhanden und regeln Fälle, in denen die Böden belastet werden (insbesondere bei umfangreichen Bauarbeiten). Aufgrund lückenhafter oder schwer zu interpretierender Daten sowie fehlender geeigneter Instrumente wird jedoch die Bodenqualität bei den Planungen, den Flächennutzungsplänen und den Baubewilligungen nicht ausreichend berücksichtigt. Zu beobachten ist folglich eine zunehmende Bodenversiegelung im urbanen Raum, und im Rahmen von Stadtentwicklungsprojekten zählt die Wiederherstellung der Funktionen des Bodens nur selten zu den dabei verfolgten Zielen.

Die Region Morges setzt auf neue Instrumente

Um diese Herausforderungen anzugehen, haben die Region Morges, die dortigen Gemeinden und der Kanton Waadt die Westschweizer Hochschulen Waadt, Genf und Freiburg damit beauftragt, indikative und dynamische Bodenqualitätskarten zu erstellen. Diese auf der Grundlage der verfügbaren Daten entwickelten Karten im Massstab 1:5000 sollen eine Einschätzung ermöglichen, wie gut die Böden ihre verschiedenen Funktionen erfüllen. Die Karten werden für die zahlreichen Akteure im Bereich der Raumplanung leicht interpretierbar sein und

sich regelmässig aktualisieren lassen. Sie bieten den Gemeinwesen die Möglichkeit, die Entwicklung ihres Gebietes nachzuvollziehen und Massnahmen zu ergreifen, um eine nachhaltige Bodennutzung sicherzustellen. Ergänzt werden sie durch eine Genauigkeitsmatrix, in der angegeben ist, welche Daten in bestimmten Bereichen oder zu bestimmten Funktionen fehlen. Der in der ersten Phase dieses Pilotprojekts entwickelte Prototyp ist bereits auf breites Interesse gestossen und könnte anderen Städten und Agglomerationen als Anregung dienen.

Pilotprojekte, um das Instrument der Bodenindexpunkte zu testen

Das von der Region Morges entwickelte Projekt fügt sich in eine landesweite Initiative der Stiftung *sanu durabilitas* ein, die diesen Weg mit Unterstützung des Bundesamtes für Umwelt und der Sophie und Karl Binding Stiftung seit 2018 beschreitet. Zudem greift *sanu durabilitas* auf das Fachwissen des nationalen Kompetenzzentrums Boden zurück. Ziel dieser Initiative ist die Unterstützung von Pilotprojekten, bei denen die Bodenqualität in die raumplanerischen Prozesse einbezogen wird. Konkret geht es darum zu testen, welchen Beitrag die Bodenindexpunkte (BIP) in unterschiedlichen administrativen und geografischen Kontexten leisten.

«Für die Fachleute sind die BIP das vielversprechendste Instrument, um auf die fortschreitende Denaturierung der Böden zu reagieren.»

Solche Projekte werden, wie dies auch in der Region Morges der Fall ist, von den lokalen Akteuren geplant und umgesetzt. Die Stiftung *sanu durabilitas* fungiert als Initiator und begleitet die Projekte, indem sie den Austausch zwischen Fachleuten und eine Koordination zwischen den Projekten sicherstellt. Ein neues Projekt dürfte dieses Jahr im Kanton Freiburg

auf den Weg gebracht werden.

Die Initiative beruht auf den Empfehlungen des Nationalen Forschungsprogramms 68 «Nachhaltige Nutzung der Bodenressourcen» und einer Publikation von *sanu durabilitas* mit dem Titel «Wie sich der Bodenverbrauch stoppen lässt». Für die Fachleute sind die in Deutschland und Österreich bereits seit mehreren Jahren verwendeten BIP das vielversprechendste Instrument, um auf die Herausforderungen durch die fortschreitende Denaturierung und Verschlechterung der Böden in der Schweiz zu reagieren. Die BIP fügen sich ausserdem perfekt in die Vision und die Ziele der 2020 vom Bundesrat verabschiedeten Bodenstrategie Schweiz ein.

Zu den Autoren:

Nicolas Derungs, promovierter Ethnologe und Biologe, ist Programmverantwortlicher für das Thema Boden bei *sanu durabilitas*

Guillaume Raymondon, Raumplanungsingenieur und Politologe, ist verantwortlich für das Projekt «Bodenindexpunkte» in der Region Morges.

Quellen:

[sanu durabilitas - Bodenindexpunkte](#)
[Region Morges - Stratégie Qualité des sols](#)

Bodenstrategie Schweiz

Böden sind eine knappe und nicht erneuerbare Ressource von grossem ökologischem und ökonomischem Wert. Sie erfüllen zahlreiche Funktionen und erbringen für die Gesellschaft lebenswichtige Leistungen – beispielsweise bei der Lebensmittelproduktion, als Filter bei der Trinkwassergewinnung oder im Zusammenhang mit dem Klimawandel als Speicher für CO₂ und Wasser. Der gegenwärtige Umgang mit den Böden ist nicht nachhaltig: Sie werden durch Bautätigkeit zerstört oder durch Erosion, Verdichtung und Schadstoffe belastet. Die vom Bundesrat am 8. Mai 2020 verabschiedete Bodenstrategie Schweiz ist ein Orientierungsrahmen, damit auch künftige Generationen von den vielfältigen Leistungen des Bodens profitieren können.

Quellen: BAFU/ARE/BWL

POLITIK

Ausblick auf die Frühjahrssession

In der Frühjahrssession werden verschiedene Geschäfte mit städtischer Relevanz behandelt. Angesichts des zweiten Shutdowns rücken erneut verschiedene Covid-19-Geschäfte in den Vordergrund, die die wirtschaftlichen Folgen für das Gewerbe abfedern sollen. Weitere für die Städte wichtige Themenbereiche sind die frühe Kindheit und das Trinkwasser, wozu jeweils mehrere Geschäfte anstehen.

Covid-19-Gesetz

Der Bundesrat schlägt vor, die im Covid-19-Gesetz verankerten Unterstützungsmassnahmen zu erhöhen. Anlässlich des zweiten Shutdowns sind viele Betriebe in den Städten von den Schliessungen betroffen und drohen, Konkurs zu gehen. Es ist deshalb zentral, dass der Bund sie finanziell unterstützt, zumal sie unverschuldet in eine missliche Lage geraten sind. Der Städteverband ist der Ansicht, dass der Bund A-fonds-perdu-Beiträge in einem angemessenen Umfang bereitstellen muss.

Ähnliches gilt für die durch das Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz ermöglichten Covid-19-Kredite. Diese haben während der ersten Welle ihre Wirksamkeit gezeigt und sollen deshalb wiedereingesetzt werden. Der Städteverband teilt damit die Forderung namhafter Ökonomen und Expertinnen, welche eine Wiederaufnahme des Kreditprogrammes als bewährte und effiziente Un-

terstützungsmassnahme für die Wirtschaft erachten.

Doch nicht nur die Wirtschaft leidet, sondern auch die Bevölkerung. Das Armutsrisiko ist durch die andauernde Pandemie wesentlich gestiegen. Ein Massnahmenpaket auf Bundesebene soll deshalb das Armutsrisiko und die Abhängigkeit von der Sozialhilfe infolge der Coronakrise verringern. Der Städteverband begrüsst diesen Vorstoss von Ständerätin Carobbio Guscetti. Denn wenn die Hilfsprogramme des Bundes ungenügend sind, droht eine Überlastung der Sozialhilfe als letztes soziales Auffangnetz. Dies hätte nicht nur fatale Folgen für die betroffenen Bedürftigen, sondern würde auch Kantone, Städte und Gemeinden finanziell überfordern und soziale Lasten auf die unteren Staatsebenen verschieben.

Frühe Kindheit

Mit dem «Rahmengesetz für eine schweizerweite familienergänzende Kinderbetreuung» wird vom Bundesrat verlangt, dass er in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden ein flächendeckendes und für die Eltern bezahlbares familienergänzendes Kinderbetreuungsangebot schafft. Viele Städte stellen bereits heute ein umfassendes Angebot zur familienergänzenden Kinderbetreuung zur Verfügung. Jedoch kann der hohe Elternanteil bei den Kosten auch in den Städten ein Grund sein, weshalb Familien - nicht nur sozial benachteiligten - die familienergänzen-

de Kinderbetreuung nicht immer offensteht. Die kommunale Ebene kann dieses Problem nicht alleine lösen und ist auf die Beteiligung von Bund und Kantonen angewiesen. Deshalb begrüsst der Städteverband diese Motion ebenso wie die Parlamentarische Initiative «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter». Letztere unterstützt die Kantone darin, ein bedarfsgerechtes Angebot im Bereich der Politik der frühen Kindheit zu entwickeln sowie die Koordination und Vernetzung zwischen den staatlichen und privaten Akteuren zu fördern.

Trinkwasserschutz

Die Ressource Trinkwasser muss zusätzlich geschützt werden, damit die Bevölkerung weiterhin mit gutem und sauberem Trinkwasser versorgt werden kann. Es gilt, den oft kommunalen Trinkwasserversorgern die Bereitstellung eines einwandfreien Trinkwassers aus Quell- und Grundwasser ohne grosse Nachbehandlung und somit kostengünstig zu ermöglichen. Ein vorausschauender und restriktiver Einsatz von umweltverträglichen Pflanzenschutzmitteln ist hierzu ein wichtiger Meilenstein. Angesichts der anstehenden Volksinitiativen zum Thema behandelt das Parlament in der Frühjahrssession mehrere Vorstösse dazu. Der Städteverband unterstützt diese grundsätzlich, wehrt sich aber gegen deren Verwässerung, wie das aktuell bei der Vorlage «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» der Fall ist.

Vernehmlassungen

Mehr Prämienverbilligung für tiefe und mittlere Einkommen

Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP fordert, dass Haushalte maximal 10% ihres Einkommens für die Krankenkassenprämie aufwenden und dass der Bund finanziell mehr beiträgt. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundes plant ebenfalls, die Ausgaben für die Prämienverbilligung zu erhöhen, sieht jedoch eher die Kantone in der Pflicht und nimmt nicht explizit Bezug auf die tiefen Einkommen. Der Städteverband begrüsst die Erhöhung der Gesamtausgaben für die Prämienverbilligung und wünscht sich einen fairen Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Kantonen.

Eine Mehrheit der Städte würde es zudem wichtig finden, dass der Gesetzgeber regelt, wie Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen gezielt entlastet werden.

Auch 2021 Bundesmittel für Ortsverkehr verlangt

Der Schweizerische Städteverband fordert, dass sich der Bund aufgrund des längeren Verlaufs der Pandemie im Interesse der Stabilisierung des Gesamtsystems öffentlicher Verkehr auch an den Ausfällen des Ortsverkehrs im Jahr 2021 beteiligt. Das hat er in der Vernehmlassung des Verpflichtungskredits für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs in

den Jahren 2022-2025 deutlich gemacht. Der SSV begrüsst, dass der Bund im Regionalverkehr Projekte zur Beschaffung von fossilfreien Fahrzeugen und innovative Pilotprojekte fördern will. Ebenfalls im Sinne des Städteverbandes ist die Stossrichtung, von einem konstanten Niveau und nicht von einer Erhöhung der Billett- und Abonnementspreise auszugehen. Dies ist mit dem Ziel verbunden, den Reisenden die Rückkehr zum öffentlichen Verkehr zu erleichtern.

Weitere Vernehmlassungen unter www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

3. Schweizerischer Stadtwerkekongress: digitale Ausgabe

Städte sind Hauptakteure der Energiewende und der Klimapolitik. Ihre Stadtwerke spielen eine wichtige Rolle, um das Netto-Null-Ziel auf städtischer Ebene zu erreichen. Zu ihren Verantwortungsbereichen gehören mitunter die Produktion und der Verkauf von klimaneutraler Energie, die Versorgung der Städte und die Abfallentsorgung. Hierbei begegnen die städtischen Akteure vielen Herausforderungen und Veränderungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Technologie. In der erstmaligen online-Ausgabe des Stadtwerkekongresses in Form von fünf Online-Sessions vom 22. – 26. März 2021 haben auch der Städteverband SSV und seine Sektion Verband Kommunale Infrastruktur SVKI zwei aktuelle Mittagssessions vorbereitet (jeweils 12.30-14 Uhr): «Eignerstrategien & politische Herausforderungen auf dem Weg zur erneuerbaren Energieversorgung» (SSV, Dienstag 23. März) und «Cyberkriminalität und Kommunale Infrastrukturen: Was droht und wie wappnen wir uns?» (SVKI, Donnerstag 25. März).

www.stadtwerkekongress.ch

Resultate des ersten Smart City Survey - Smart City Aktivitäten nehmen zu

Digitalisierung, Vernetzung, Partizipation und Effizienz zeichnen eine Smart City aus. Diese Faktoren führen zu mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit sowie zu weniger Ressourcenverbrauch. Dies ist eine Erkenntnis des «Swiss Smart City Surveys», der am 28. Januar veröffentlicht wurde. Die Studie wurde von der ZHAW durchgeführt, der Schweizerische Städteverband wirkte als einer von mehreren Partnern mit. 84 Städte nahmen an der Umfrage teil. Rund die Hälfte beschäftigt sich bereits heute mit dem Konzept «Smart City». Eine konkrete Strategie verfolgen aber erst 15 Städte. Elemente von Smart Cities sind beispielsweise Smart Governance, eBau oder eUmzug. Zwei Drittel der Städte bestätigen, sich bei der Definition von Entwicklungs- oder Strategiezielen an anderen Gemeinden zu orientieren. Als Inspirationsquelle legt der interaktive Swiss Smart City Survey die Factsheets derjenigen Städte offen, die dies erlauben. Der

«Swiss Smart City Survey» wird alle zwei Jahre durchgeführt. Es wäre erfreulich, wenn bei der nächsten Ausgabe noch mehr Städte an der Erhebung teilnehmen könnten.

www.staedteverband.ch

Frühe Kindheit: Städte befürworten eine aktive Politik

Eine gute Politik der frühen Kindheit dient dem Wohl der Kinder und der Eltern, erhöht die Chancengerechtigkeit und hat einen hohen gesellschaftlichen Nutzen. Das Thema ist für die Städte sehr bedeutend und steht weit oben auf der politischen Agenda. In seinem Bericht vom 3. Februar legt der Bundesrat zwar eine gute Auslegung vor, ist aber bei den konkreten Handlungsvorschlägen zu zögerlich. Er beschränkt sich auf kleinere Anpassungen im bestehenden gesetzlichen Rahmen. Für den Städteverband ist dies zu wenig: Er fordert in einem Positionspapier eine Klärung der Zuständigkeiten und die finanzielle Beteiligung aller Staatsebenen. Dazu braucht es eine Verfassungsänderung. Nun nimmt sich das Parlament der Sache an.

www.staedteverband.ch

Abstimmungsparolen vom 7. März: Ja zur E-ID, Nein zum Verhüllungsverbot

Der SSV-Vorstand hat für die Abstimmungen vom 7. März folgende Parolen gefasst: Ja zum Gesetz über die elektronische Identität (E-ID), nein zur Volksinitiative zum Verhüllungsverbot. Das E-ID-Gesetz sorgt für einen wichtigen Rahmen und stoppt den Wildwuchs der unzähligen digitalen Konten. Es soll das Missbrauchsrisiko verringern und den Datenschutz verbessern. Eine elektronische Identität bleibt freiwillig, die Hoheit der Identitätsprüfung bleibt beim Bund. Das Gesetz bietet Privaten, aber auch Städten die Möglichkeit, eine E-ID auszustellen. Für viele von ihnen ist deshalb das E-ID-Gesetz eine grosse Chance, ihre Digitalisierungsstrategien voranzutreiben. Zudem lehnt der Städteverband das Verhüllungsverbot ab. Die Volksinitiative greift einerseits unnötig in die Autonomie der Kantone ein. Andererseits trägt ein generelles Verbot kaum zum Schutz der öffentlichen Ordnung bei.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Plattform öffentliche Beschaffung

Auf der Wissensplattform nachhaltige öffentliche Beschaffung (WöB) finden öffentliche Beschaffungsstellen aller föderalen Ebenen Informationen und Instrumente zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Die WöB ist entstanden aus einer langjährigen tripartiten Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und dem SSV. Anlässlich einer Online-Tagung zur Nachhaltigen Beschaffung am 30. März wird die Plattform offiziell lanciert.

www.woeb.swiss

Föderalismuspreis 2021

Das vielfältige Engagement für die föderale Schweiz würdigt die ch Stiftung seit 2014 mit dem Föderalismuspreis. Neu werden die Preisträgerinnen und Preisträger im Rahmen einer Ausschreibung erkoren und erhalten ein Preisgeld von 10000 Franken. Eine Kandidatur kann noch bis am 1. März eingereicht werden.

www.chstiftung.ch

Food-Waste-Toolbox

In der Schweiz geht ein Drittel aller Lebensmittel auf dem Weg vom Feld zum Teller verloren. Kantone, Städte und Gemeinden haben mit der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) den gesetzlichen Auftrag erhalten, sich für die Abfallvermeidung zu engagieren. Die Toolbox zeigt die vielfältigen Möglichkeiten, die die öffentliche Hand hat, um sich für die Reduktion von Food Waste einzusetzen.

www.pusch.ch

Migration in Agglomerationen

In den Agglomerationsgemeinden ist gesellschaftlicher Wandel am meisten spürbar. Dabei ist es nicht unbedingt die Zuwanderung, die der Bevölkerung am meisten Angst macht, sondern die Begleiterscheinungen des Wachstums wie starke Bautätigkeit, Verkehrsbelastung oder Verarmung des Soziallebens. Dies zeigt eine Studie der Eidgenössischen Migrationskommission in acht Agglomerationsgemeinden.

www.ekm.admin.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 8.-11. Juni 2021** **Suisse Public** in Bern (neu: mit Suisse Public Smart)
Information: www.suissepublic.ch
- 26./27. August 2021** **Städtetag 2021** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

- 26. März 2021** **Städteinitiative Bildung - Jahreskonferenz «Vielfalt als Chance»** in Chur
Information: David Hauser, Telefon 052 267 55 18, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 20. April 2021** **Frühlingsforum der Städtekonferenz Mobilität**
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 11. Juni 2021** **Städteinitiative Sozialpolitik - Frühlingskonferenz**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

- 22. - 26. März 2021** **3. Stadtwerkekongress «Stadtwerke im Umbruch»** Online - jeden Mittag ein Webinar (Patronat: SSV)
Information: www.stadtwerkekongress.ch
- 30. März 2021** **Online-Tagung nachhaltige öffentliche Beschaffung**
Information: www.bkb.admin.ch
- 7. April 2021** **PUSCH-Tagung «Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten»** in Bern (Patronat: SSV), Information: www.pusch.ch
- 5. Mai 2021** **PUSCH-Tagung «Schulen und Kindergärten ökologisch und gesund bauen und sanieren»** in Bern (Patronat: SSV), Information: www.pusch.ch
- 26. Mai 2021** **Schweizer Vorlesetag 2021**
Information: www.schweizervorlesetag.ch
- 27./28. Mai 2021** **Nationale Föderalismuskonferenz** in Basel
Information: www.kdk.ch
- 3. Juni 2021** **PUSCH-Tagung «Elektromobilität in der Gemeinde fördern – mit System»** in Dietikon (Patronat: SSV), Information: www.pusch.ch
- 11. Juni 2021** **8. Energiekongress «Auf direktem Weg zur Klimaneutralität – aber wie?»** in St.Gallen (Patronat: SSV)
Information: www.energiekongress.ch
- 18. Juni 2021** **Solidarökonomie und ökologischer Landbau** in Bern
Information: www.unibe.ch
- 1./2. Juli 2021** **19. Nationale Photovoltaik-Tagung** in Bern
Information: www.swissolar.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Franziska Ehrler, Michael Felber, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Marc Moser, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch